



Dr. Hülya Düber

Ich bin für Ihre politischen Anliegen da

Foto: Stephan Erfurt

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Koalition braucht wieder mehr Vertrauen und eine geschützte Redekultur: Deshalb hat es mich geärgert, wie viele Informationen aus unserer internen Fraktionssitzung an die Medien „durchgestochen“ wurden. Politische Debatte ist gut, allerdings erwarten die Menschen zurecht Lösungen für die Probleme dieses Landes. Ich wünsche mir, dass wir mehr über Erfolge sprechen und dort politische Lösungen finden, wo sie notwendig sind. Allein 14 Gesetze haben wir in dieser Woche in 2./3. Lesung verabschiedet. Wie vor der Wahl versprochen, entlasten wir unsere Landwirte beim Agrardiesel und bei der Bürokratie. Die Politik von Alexander Dobrindt zur Bekämpfung der illegalen Migration wirkt. Wir verzeichnen 55,4 % weniger Asylanträge im Vergleich zum Vorjahr. Konkret wurden im Oktober dieses Jahres 8.823 Asylanträge gestellt, im Oktober 2024 waren es noch 19.785. Pro Monat werden im Schnitt fast 2.000 Personen aus Deutschland zurückgeführt.

Aus der Heimat in die Hauptstadt fuhren trotz der Herbstferien 20 engagierte junge Menschen der Jugendfeuerwehr Rieden. Herzlichen Dank für Euer Engagement und Euren Besuch!

Wie immer freue ich mich über Ihre Ideen, Anregungen und Kritik.

Ein schönes Wochenende wünscht Ihnen und Euch

Ihre

Dr. Hülya Düber

Weniger Bürokratie, mehr Tempo – das erste Entlastungskabinett der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat am 05.11.2025 ihr erstes Entlastungskabinett abgehalten. Das klare Ziel: Die Bürokratiekosten in Deutschland sollen um 20 Milliarden Euro sinken. Davon entfallen 16 Milliarden Euro auf Unternehmen und 10 Milliarden Euro auf Bürger und Verwaltung.

Bereits beschlossen sind Maßnahmen, die über 3 Milliarden Euro pro Jahr an Bürokratiekosten einsparen, etwa durch schnellere Bau- und Vergabeverfahren, digitale Beurkundungen, weniger Pflichten in der Pflege und digitale Behördengänge, die Zeit und Wege sparen. Neu hinzu kommen vereinfachte Meldepflichten, Entlastungen im Pass- und Ausweiswesen und digitale Immobilienverträge, die lange Wartezeiten vermeiden.

Weitere 50 Initiativen zum Bürokratieabbau sollen bis spätestens zum 2. Quartal 2026 umgesetzt werden.

Deutschland braucht mehr Freiraum zum Handeln – in der Wirtschaft, in der Verwaltung, in der Gesellschaft. Das neue Format des Entlastungskabinetts zeigt: Die Bundesregierung handelt entschlossen und gemeinsam. So wird die Grundlage für eine moderne, leistungsfähige Verwaltung geschaffen und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes gestärkt.

Volle Rückerstattung beim Agrardiesel

Am Donnerstag haben wir eine Fehlentscheidung der Ampel korrigiert: Zum 1. Januar 2026 führen wir die Agrardieselsteuerentlastung für unsere Landwirte wieder ein. Für CDU und CSU wird damit ein zentrales Anliegen Wirklichkeit: Wir wissen, dass die Haushaltslage angespannt ist, wollen durch die steuerliche Entlastung aber Planungssicherheit für die Land- und Forstwirtschaft. So sichern wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe.

The infographic is divided into four quadrants with a blue background and white text. The top-left quadrant features a heart icon and two farmer characters, announcing good news about the return of agricultural diesel tax relief. The top-right quadrant, titled 'CDU-CSU', explains the change in diesel tax rates from 2025 to 2026. The bottom-left quadrant, also titled 'CDU-CSU', explains the political context, stating that the previous government's plan to cut the relief was corrected. The bottom-right quadrant features a handshake icon and farmer characters, affirming the party's commitment to farmers and growers.

GUTE NACHRICHTEN FÜR UNSERE LANDWIRTE!

DIE AGRARDIESEL-RÜCKVERGÜTUNG KOMMT ZURÜCK

CDU-CSU

WAS HAT SICH GEÄNDERT?

Ab 1. Januar 2026 gibt es wieder die volle Rückvergütung von 21,48 Cent pro Liter Diesel.

Das heißt: Rund 430 Mio. € Entlastung pro Jahr für die Branche.

👉 2025: nur noch 6,44 Cent pro Liter

👍 Ab 2026: wieder 21,48 Cent pro Liter

CDU-CSU

WAS HEISST DAS EIGENTLICH?

Die Ampel wollte auf Kosten der Landwirte ihren Haushalt sanieren.

Die Ampel wollte die Steuerentlastung zum 1. Januar 2026 komplett streichen.

→ Das hätte viele Betriebe in massive Schwierigkeiten gebracht.

WIR STEHEN FEST AN DER SEITE UNSERER BÄUERINNEN UND BAUERN!

**Meine Rede in dieser Woche: 1. Lesung zur Novelle des Produktsicherheitsgesetzes:
Sichere Produkte – starker Verbraucherschutz für alle Generationen**

In meiner heutigen Plenarrede im Deutschen Bundestag habe ich den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Produktsicherheitsgesetzes begrüßt. Mit der Umsetzung der EU-Produktsicherheitsverordnung 2023/988 in nationales Recht schaffen wir mehr Sicherheit für Verbraucherinnen und Verbraucher und gleichzeitig weniger Bürokratie für Unternehmen.

Gerade in Zeiten globaler Lieferketten und Online-Handel ist es entscheidend, dass Verbraucher darauf vertrauen können, dass Produkte sicher sind – ob sie im Laden in Nürnberg oder online aus Fernost bestellt werden. Besonders Kinder, Ältere und Menschen mit Beeinträchtigungen brauchen diesen Schutz. Denn was nur so aussieht wie ein Bonbon, darf kein Risiko für ein Kind sein.

Die neue Verordnung sorgt für klare Regeln und Sanktionen bei Verstößen, stärkt die Marktüberwachung und ermöglicht, gefährliche Produkte schneller aus dem Verkehr zu ziehen. Damit gilt künftig: Faire Wettbewerbsbedingungen für alle, gleiche Sicherheitsstandards für alle Produkte – online wie offline.

Die komplette Rede ist unter folgendem Link aufrufbar:

<https://www.bundestag.de/mediathek/video?videoid=7644041>



Für eine starke Pflege

Mit dem *Gesetz zur Befugnisserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege* stärken wir die Pflege. Pflegefachpersonen können künftig bestimmte heilkundliche Tätigkeiten wie die Wundversorgung, die Diabetespflege oder die Betreuung von Menschen mit Demenz eigenverantwortlich übernehmen. So erkennen wir ihre fachliche Kompetenz an und sichern sie rechtlich ab.

Pflegeeinrichtungen entlasten wir spürbar, indem wir die Pflegedokumentation auf das notwendige Maß begrenzen, Prüfverfahren von Medizinischem Dienst und Heimaufsicht besser aufeinander abstimmen und rechtzeitig ankündigen. Diese Vereinfachungen schaffen Vertrauen, geben den Beschäftigten mehr Handlungsspielraum und sorgen dafür, dass die pflegerische Arbeit wieder stärker im Mittelpunkt steht.

Das Gesetz setzt auf Eigenverantwortung, Qualität und Verlässlichkeit. Es verbessert die Rahmenbedingungen in der Pflege, schafft Zeit für das Wesentliche und stärkt die Attraktivität des Berufs: ein wichtiger Schritt für die Versorgung von morgen.



Medienworkshop zur Generationengerechtigkeit

Unter dem Motto „Euer Heute, unser Morgen – wie gestalten wir Generationengerechtigkeit?“ trafen sich diese Woche junge Menschen zwischen 16 und 20 Jahren zum diesjährigen Medienworkshop des Deutschen Bundestages. Unter der Schirmherrschaft von Bundestagsvizepräsidentin Josephine Ortleb trafen sie auf Abgeordnete, erfahrene Hauptstadtjournalisten und Fachleute zum Thema Generationengerechtigkeit. Ein junger Student aus Aachen wollte mich aufgrund meiner Vita als ehemalige Sozialreferentin der Stadt Würzburg und Vorsitzende des Freundeskreises der Seniorenvertretung interviewen und stellte mir spannende Fragen zum Thema Generationengerechtigkeit.

Die Arbeitnehmergruppe trifft Vertreter der kirchlichen Arbeitgeber

Kirchliche Arbeitgeber spielen in unserem Land eine bedeutende Rolle: Nach dem öffentlichen Dienst sind die evangelische und die katholische Kirche – mit Diakonie und Caritas – die größten Arbeitgeber Deutschlands. Rund 1,8 Millionen Menschen arbeiten in ihren Einrichtungen – von Krankenhäusern über Schulen bis zu Pflegeheimen. Das kirchliche Arbeitsrecht bewegt sich dabei im Spannungsfeld zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Kirchen und den allgemeinen arbeitsrechtlichen Grundsätzen. Gemeinsam mit Oliver Hölters, Alina Krüger und Carsten Offers haben wir über Chancen, Herausforderungen und Perspektiven dieses besonderen Systems gesprochen – und darüber, was es für unsere Sozialpartnerschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedeutet. Es war ein spannender und konstruktiver Austausch über Werte, Verantwortung und die Zukunft von Arbeit in kirchlichen Einrichtungen.



„Politik gestalten im 21. Jahrhundert“

Als neu gewähltes Mitglied des Deutschen Bundestages finde ich es besonders spannend, dass ich am parteiübergreifenden Programm „Politik gestalten im 21. Jahrhundert“ der Robert Bosch Stiftung teilnehmen darf. Gemeinsam mit unter anderem meinen CSU-Kollegen Susanne Hierl und Konrad Körner wollen wir zukunftsgerichtete und innovative Lösungen für die komplexen Herausforderungen unserer Zeit entwickeln. In einem vertrauensvollen Rahmen außerhalb des Reichstags setzen wir uns mit internationalen Perspektiven auseinander und lernen Best-Practice-Beispiele aus anderen Ländern kennen.

Der Programmzyklus erstreckt sich über die gesamte 21. Legislaturperiode und umfasst als zentrale mehrtägige Komponenten ein Auftakt-Seminar zum Thema „Die Rolle von Parlamentariern und Parlamentarierinnen im 21. Jahrhundert“, eine Studienreise ins EU-Ausland, ein Seminar an einer Public Policy School in den USA sowie eine Studienreise in den globalen Süden.

Jugendfeuerwehr aus meiner Heimat in der Hauptstadt

Es war mir ein großes Vergnügen, Anfang dieser Woche die Freiwillige Feuerwehr Rieden gemeinsam mit engagierten Teilnehmern der Jugendfeuerwehr im Bundestag begrüßen zu dürfen. Großartig, dass ihr die Herbstferien für die Reise nach Berlin genutzt habt – das zeigt Engagement, politisches Interesse und Gemeinschaftssinn. Die Neugier war groß und ich erhielt viele Fragen von den Diäten von Bundestagsabgeordneten über die leise Hoffnung eines Schülers, den Kanzler noch heute als Besucher persönlich zu treffen bis hin zu meinen Fortbewegungsmitteln von Termin zu Termin innerhalb Berlins.

Danke, dass ihr da wart!



© DBT / von Saldern

Das Deutschlandticket bleibt



Das Monats-Abo für den Nah- und Regionalverkehr in ganz Deutschland soll erhalten bleiben. Bund und Länder haben eine Absicherung des Deutschlandtickets über 2026 hinaus vereinbart.

Das sogenannte Regionalisierungsgesetz sichert das Deutschlandticket in der Zeit von 2026 bis 2030. Ab dem Jahr 2026 kostet es 63 Euro pro Monat, ab 2027 folgte eine Preisfortschreibung anhand eines Kostenindexes. Bund und Länder beteiligen sich bis 2030 mit jährlich je 1,5 Mrd. Euro an den Kosten. Damit schaffen wir Planungssicherheit für Kunden und ÖPNV-Unternehmen.

Bürgersprechstunde auf der Consumenta in Nürnberg

Das Nürnberger Messezentrum verwandelt sich zur Consumenta in eine riesige Erlebniswelt und Einkaufsmeile. Noch bis zum 9. November findet dort Bayerns größte Verbrauchermesse statt. Als Amtierende Vorsitzende des Petitionsausschusses durfte ich am Stand des Deutschen Bundestages eine Bürgersprechstunde halten. Über das große Interesse an „meinem Ausschuss“ habe ich mich sehr gefreut. Es war ein offener Austausch und eine gute Präsentationsmöglichkeit unserer Arbeit vor Ort. Herzlichen Dank!



Dr. Hülya Düber MdB
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • (030) 227 – 71447
huelya.dueber@bundestag.de
Wahlkreisbüro: Steinachstr. 3b • 97082 Würzburg • ☎ (0931) 4679 172